

(A) Eine Chancengleichheit unabhängig von sexueller Orientierung voranzutreiben, ist unser Ziel und soll auf verschiedenen Ebenen und in den unterschiedlichsten Gremien vorangetrieben werden. Um die Jugendlichen zu unterstützen und die Gesellschaft dafür weiter zu sensibilisieren, muss auch in Zukunft einiges unternommen werden. Dies kann jedoch der Bund bei weitem nicht alleine vorantreiben. Gerade um an Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen nachhaltig eine Sensibilisierung in Gang zu bringen, kommt es vor allem auf das Engagement der Länder an. Für Programme im Kulturbereich haben weiterhin die Länder die Hoheitsrechte. Diese Kulturhoheit ist im Grundgesetz sogar als „Kernstück der Eigenstaatlichkeit der Länder“ verankert. Demnach fallen Fragen zur praktischen Gewährleistung von Diskriminierungsfreiheit für lesbische und schwule Jugendliche und zu deren Akzeptanz an Bildungseinrichtungen nicht in den Zuständigkeitsbereich der Bundesregierung.

Viele der in dem vorliegenden Antrag gemachten Forderungen, auch wenn sie teilweise richtig sein mögen, richten sich leider an den falschen Adressaten. Dies ist auch einer der Hauptkritikpunkte am Antrag von Bündnis 90/Die Grünen.

Insgesamt können wir dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen in der vorliegenden Form nicht zustimmen, wengleich wir bei einigen Aspekten des Antrags sicherlich eine ähnliche Sichtweise haben.

**Marcus Weinberg** (Hamburg) (CDU/CSU): Der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen geht im Grundsatz in die richtige Richtung. Aber anzumerken ist, dass in der heutigen Zeit, in der sich die Gesellschaft zum Glück und endlich gewandelt und weiterentwickelt hat, die verschiedenen Arten der Sexualität stärker akzeptiert und toleriert werden und die Diskriminierung von gleichgeschlechtlich orientierten Menschen deutlich abgenommen hat. Trotzdem ist es ständige Aufgabe der Politik, diesen Prozess der Antidiskriminierung von schwulen, lesbischen oder transsexuellen Jugendlichen weiter zu begleiten.

Tut ein Antrag, wie ihn Bündnis 90/Die Grünen hier stellen, not? Denn Ihre Forderung aus dem Antrag „Lesben, Schwule und Transsexuelle müssen endlich als selbstverständlicher Teil unserer vielfältigen Gesellschaft vollständig anerkannt werden“ ist richtig, aber doch auch größtenteils bereits Realität. Und das nicht nur bei Personen, die im Licht der Öffentlichkeit stehen.

Jugendliche sind bereits selbstbewusst. Bündnis 90/Die Grünen stellen die Jugendlichen in Deutschland in ihrem Antrag so dar, als ob sie nicht selbstständig oder selbstbewusst genug sind, um sich auch über ihre sexuelle Orientierung bewusst zu sein und diese auch nach außen zu vertreten. Doch meiner Meinung ist das zu einseitig: Jugendliche sind nämlich selbstbewusster, als sie hier im Antrag von Bündnis 90/Die Grünen dargestellt werden.

Shell-Studie 2010: Ich bin eher der Ansicht, dass wir Jugendliche dabei unterstützen sollten, ihre eigenen

Werte und Vorstellungen und damit auch ihr Selbstbewusstsein noch mehr zu verwirklichen, als sie dies ohnehin bereits tun. Aus der Shell-Studie 2010 wird deutlich, dass über zwei Drittel der Jugendlichen in Deutschland optimistisch in die eigene persönliche Zukunft blicken. Ich denke, dass tun sie auch zu Recht. Hinzu kommt die Tatsache, dass nur 18 Prozent der Jugendlichen skeptisch bzw. zweifelnd der Sinnhaftigkeit von grundlegenden moralischen Regeln und Normen gegenüberstehen – und dazu gehört selbstverständlich auch die sexuelle Selbstbestimmung.

Das bedeutet, dass eine positive Lebenseinstellung und genaue Wertvorstellungen für Jugendliche wichtig sind. Dies ist auch in der Frage ihrer sexuellen Ausrichtung wichtig, und wir sollten insbesondere in dieser sehr intimen und persönlichen Frage den Jugendlichen viel mehr Vertrauen schenken.

Rund 95 Prozent der Jugendlichen finden es laut der Shell-Studie 2010 von Bedeutung, dass sie Menschen um sich herum haben, denen man vertrauen und denen man sich anvertrauen kann. Dies meint insbesondere die Familie und die Gruppe der Gleichaltrigen. Wer sich an seine eigene Jugend erinnert, der weiß, dass auf der einen Seite die eigenen Eltern als Vorbilder dienen, aber auf der anderen Seite auch die Freunde, die einen in der Adoleszenz und später prägen. Darauf gilt es aufzubauen. Ein intaktes persönliches Umfeld ist wichtiger und effektiver für die Jugendlichen, die sich auch für ein öffentliches Bekenntnis zu ihrer gleichgeschlechtlichen sexuellen Orientierung entscheiden.

Möglichkeiten staatlichen Handelns: Dafür zu sorgen, dass Jugendliche in einem Umfeld aufwachsen, in dem sie ihre positive Lebenseinstellung er- und ausleben können und ihre individuelle Persönlichkeitsentwicklung voranschreitet, das ist die Aufgabe der Politik. Der Bund schafft hier gemeinsam mit den Ländern gute Rahmenbedingungen: eine gute Schulbildung, verbunden mit einer Perspektive für ein geordnetes und erfolgreiches Berufsleben, sowie eine gute Familienpolitik für die Eltern und Jugendlichen selbst. Dort bringt der Bund sich ein. Und auch hier zeigt die Shell-Studie 2010, dass 70 Prozent der Jugendlichen der Aussage: „Eigentlich ist es sinnlos, sich Ziele für sein Leben zu setzen, weil heute alles so unsicher ist“, widersprechen. Optimismus, Selbstbestimmung und Eigenhandeln sind auch Stärkungselemente bei der Sexualität.

„Tabuisierung oder Desinteresse“ von bzw. an gleichgeschlechtlich orientierten Jugendlichen, wie sie im Antrag von Bündnis 90/Die Grünen dem Bund vorgeworfen werden, sehe ich hierbei nicht. Sowohl die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung als auch die Bundeszentrale für politische Bildung engagieren sich, genauso wie das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, im Rahmen des Kinder- und Jugendplans.

Darüber hinaus sehe ich nicht viele Möglichkeiten staatlichen Handelns vonseiten des Bundes. Wenn es notwendig ist, haben die Länder und Kommunen vor Ort, auch in Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen Trägern, bessere und direktere Möglichkeiten. Subsidiarität hat sich bewährt, und grundsätzlich sind für alle Fragen

- (A) der Kulturpolitik und Kulturverwaltung – insbesondere für die Bereiche Schulwesen, Hochschule und Erwachsenenbildung/Weiterbildung – nach der im Grundgesetz festgeschriebenen Kompetenzverteilung die Länder zuständig.

Insoweit ist die Botschaft Ihres Antrages richtig, allerdings können wir uns dem Antrag in dieser Form so nicht anschließen.

**Christel Humme (SPD):** „Du schwule Sau!“ – diese Beschimpfung gehört heute zu den am meisten gebrauchten Beschimpfungen auf deutschen Schulhöfen. Eine besorgniserregend hohe Homophobie gerade unter Jugendlichen belegt auch eine Studie des Kieler Sozialpsychologen Professor Simon. Er befragte rund 1 300 Schülerinnen und Schüler von Berliner Gymnasien und Gesamtschulen nach ihrer Einstellung zur Homosexualität. Demnach findet jeder Zweite der Befragten im Alter zwischen 14 und 20 Jahren es abstoßend, wenn sich Männer in der Öffentlichkeit küssen. Der Widerstand der jungen Menschen mit Migrationshintergrund lag noch über den Aversionen der befragten Deutschen.

Oft bleibt es in der Schule jedoch nicht bei Beschimpfungen und verbalen Erniedrigungen. Mädchen und Jungen werden gemobbt, von der Klassengemeinschaft ausgeschlossen oder sogar tätlich angegriffen. Die Folgen sind Verzweiflung, ein panisches Versteckspiel, das eigene Anderssein zu verbergen, und die Angst, „enttarnt“ zu werden. Manche können diesem Druck auf Dauer nicht standhalten und sehen für sich keine Perspektive mehr. Die Selbstmordrate unter schwulen Jugendlichen liegt bis zu viermal höher als bei ihren heterosexuellen Altersgenossen.

- (B)

Gerade unter Jugendlichen halten sich hartnäckig Vorurteile gegen homosexuell Lebende und Liebende, die viele von uns längst überwunden glaubten. Daher überrascht es nicht, dass unter diesen Bedingungen für viele lesbische, schwule oder transsexuelle Jugendliche ein Coming-out nicht vorstellbar ist. Gerade hier müssen wir ansetzen, um schon in der Schule erlebbar zu machen, was in unserer demokratischen und solidarischen Gesellschaft selbstverständlich sein muss: ohne Angst selbstbewusst anders als die Mehrheit leben zu können.

Dazu brauchen wir Bildungseinrichtungen, die nicht nur bestmögliche Förderung für alle bieten, sondern in denen für Lehrende und Lernende ein diskriminierungsfreier Raum garantiert ist. Grundlage dafür ist ein ganzheitlicher Bildungsansatz, der die Normalität und die Vielfalt menschlichen Zusammenlebens von Kindesbeinen an vermittelt. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern selbstverständlichen Respekt und Akzeptanz. Wir stehen für eine bunte Gesellschaft, in der Vielfalt als Bereicherung wahrgenommen wird.

Rot-Grün hat in Regierungsverantwortung vieles vorbringen können. Ich nenne hier nur das Lebenspartnerschaftsgesetz, mit dem schwule und lesbische Paare ihrer Beziehung endlich einen rechtlichen Rahmen geben konnten, oder das sehr gute rot-grüne Antidiskrimi-

nierungsgesetz, das leider durch die Bundestagswahl 2005 nicht mehr in Kraft treten konnte. Die SPD konnte in der Großen Koalition gegen erhebliche Widerstände der Union einen Großteil des Gesetzes als AGG durchsetzen. Noch sind leider nicht alle rechtlichen Benachteiligungen beseitigt. Dennoch haben wir als Gesetzgeber hier wichtige Signale in die Gesellschaft setzen können, um auch die Rechte von Lesben, Schwulen, bi- und transsexuellen Menschen zu stärken.

Neue Familienformen sind entstanden: „Regenbogenfamilien“, in denen sich statt Vater und Mutter eben zwei Mamis oder zwei Papas liebevoll und fürsorglich um ihre Kinder kümmern, werden immer selbstverständlicher.

Diese gesellschaftlichen Veränderungen müssen stärker als bisher in der Schule vermittelt werden. Dieser Ort für gemeinsames Lernen hat eine besondere Aufgabe. Hier müssen wir stärker die Chancen nutzen, die selbstverständliche Akzeptanz von gesellschaftlicher Vielfalt durch gegenseitiges Erleben und Kennenlernen in den Köpfen der jungen Menschen zu verankern.

Was ist zu tun? Wir müssen durch aufeinander abgestimmte Präventionsstrategien dafür sorgen, dass gleichgeschlechtlich liebende Jugendliche nicht länger mit Ablehnung und Hass konfrontiert werden. An jeder Schule müssen kompetente und qualifizierte Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für Lernende und Lehrer zur Verfügung stehen.

Jugendliche benötigen darüber hinaus bundesweit flächendeckende Beratungsstellen, in denen sie konkrete Hilfe und Unterstützung bekommen können. In Großstädten ist bereits eine entsprechende Infrastruktur vorhanden, doch gerade in ländlichen Regionen fehlt den jungen Männern und Frauen oft noch eine kompetente Vertrauensperson in ihrer Nähe. Das Internet ist hier eine zusätzliche wichtige Anlaufstelle. So bietet beispielsweise die Bundeszentrale für politische Bildung und auch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zu den Themen Sexualität und Geschlechterrollen umfangreiche Informationen. Im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Beratung kann auch die Antidiskriminierungsstelle des Bundes Wichtiges leisten, indem sie die Vernetzung der Akteure vor Ort weiter voranbringt und den Ausbau einer guten flächendeckenden Beratungsstruktur unterstützt.

Wir brauchen verbindliche Rahmenrichtlinien in allen Bundesländern, damit die bestehende Vielfalt von sexuellen Identitäten positiv dargestellt wird. Dazu brauchen wir mehr Lehrerinnen und Lehrer, die sich diesem Thema unverkrampft und ohne rot zu werden widmen. In diesem Zusammenhang ist auch beim Thema Weiterbildung bzw. im Lehramtsstudium sicherlich eine stärkere Sensibilisierung sinnvoll. Hier sind die Bundesländer in der Verantwortung, ihre jeweiligen Richtlinien kritisch zu überprüfen. Auch in vielen Schulbüchern und anderen Medien hat die gleichberechtigte Darstellung verschiedener Formen von Sexualität noch nicht den Stellenwert, der ihr gebührt. Das Thema darf sich weder im Unterricht noch in Lehrmaterialien ausschließlich auf Gesundheitsaufklärung und HIV/Aids beschränken.